

Grenzüberschreitende Ungleichheiten? Eine qualitative Analyse der Medienberichterstattung in drei deutschen Grenzregionen¹

Mike S. Schäfer, Andreas Schmidt & Teresa Zeckau

Abstract

Analysen sozialer Ungleichheit bleiben meist auf einzelne Nationalstaaten beschränkt und beziehen nur objektive Ungleichheitsindikatoren ein. Selten wird dagegen gefragt, ob das Aufweichen nationalstaatlicher Grenzen zu einer Transnationalisierung wahrgenommener Ungleichheit führt. Mittels einer Analyse der Medienberichterstattung in deutschen Grenzregionen versuchen wir Antworten auf diese Frage zu finden. Sie zeigt, dass grenzüberschreitende Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit existieren und für die Einschätzung der Lebenslage der Bürger relevant scheinen – allerdings in regional unterschiedlicher Weise. An den deutschen Grenzen zu Tschechien und Polen wird die schlechte Einkommenslage im Nachbarland als Gefahr für den eigenen Lebensstandard interpretiert. An der deutschen Westgrenze wird die Besserstellung der Nachbarländer hingegen eher als Maßstab präsentiert, auf dessen Basis die Gleichstellung mit den Bürgern der Nachbarländer gefordert wird.

1 Konzeptioneller Rahmen und Fragestellung

Soziale Ungleichheit ist, so sinngemäß die Definition von Reinhard Kreckel, die ungleiche Verteilung von Positionen und Gütern zwischen Menschen, welche die Lebenschancen dieser Menschen verbessert bzw. verschlechtert (Kreckel 2004: 17). Soziale Ungleichheit enthält damit ein relationales Element: Es geht um die, so Hradil, „Besser- oder Schlechterstellung“ von Menschen bezüglich gesellschaftlich relevanter Güter. Entsprechend bedarf es eines Vergleichsrahmens, innerhalb dessen die Verteilung von Positionen und Gütern bewertet wird (Hradil 2001: 34). Der Vergleichsrahmen selbst ist in der Ungleichheitsforschung aber selten Untersuchungsgegenstand, vielmehr zeichnet sich die sozialwissenschaftliche Forschung zu sozialer Ungleichheit durch zwei Charakteristika aus:

1 Wir danken Sylvia Kämpfer, Ulrich Kohler und Jochen Roose für Kommentare zu diesem Artikel sowie Johanna Zeckau für das Erstellen von Abb. 1.

Erstens werden Ungleichverteilungen von Einkommen, Vermögen, Bildung usw. vornehmlich aus der Perspektive der Wissenschaft, also auf der Basis objektiver Kriterien, beschrieben. Es wird deutlich seltener gefragt, ob etwaige Ungleichverteilungen von den Bürgern auch wahrgenommen, ob Besser- oder Schlechterstellungen also auch subjektiv gesehen werden und wie sich Menschen hinsichtlich ihrer sozialen Stellung selbst verorten. Als Ergänzung der aktuellen Literatur wäre dies aber durchaus wünschenswert (vgl. Heidenreich 2006a).

Zweitens wurden in der Ungleichheitsforschung lange – und sicherlich auch mit einigem Recht – die Nationalstaaten als Rahmen für Relationierungen und Vergleiche gesetzt (Heidenreich 2006b: 8; 2006a). Nicht nur verortete man dort die zentralen Bearbeitungs- und Verteilungsmechanismen, implizit oder explizit wurde auch angenommen, dass die Gruppen, mit denen sich Menschen hinsichtlich ihrer Lebenssituation vergleichen, innerhalb ihres Nationalstaates zu finden sind. Dementsprechend wurde soziale Ungleichheit lange als nationales Phänomen betrachtet.

Dieser „methodologische Nationalismus der Ungleichheitsforschung“ (Beck 2002: 56) ist aber unter Beschuss geraten. Denn gerade in Europa würden nationalstaatliche Grenzen durchlässiger, Verteilungsfragen zunehmend von den Entscheidungen europäischer Institutionen abhängig und auch Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte immer mehr transnational vernetzt. Zudem entstehen neue, europäisierte Strukturmuster, indem „objektive“ Ungleichheitsindikatoren sich etwa stärker nach – auch länderübergreifenden – Regionen umordnen. Denkbar wäre nun, dass diese Veränderungen Auswirkungen auf den Vergleichsrahmen für soziale Ungleichheit und die Selbstverortung von Menschen hinsichtlich ihrer sozialen Stellung haben.

Ob die in den letzten Jahren verstärkt konstatierten Unterschiede zwischen verschiedenen EU-Ländern von den Bürgern dieser Länder auch in dieser Weise wahrgenommen und für relevant gehalten werden, wurde bislang jedoch kaum untersucht. Vielmehr wurden nach der Logik der vergleichenden Sozialstrukturanalyse beispielsweise ganze (EU-)Länder hinsichtlich Einkommen, Vermögen, Bildung, Aufstiegschancen usw. verglichen (vgl. überblicksweise Hradil/Immerfall 1997). Auch in neueren europasozioologischen Arbeiten stehen Vergleiche „objektiver“ Unterschiede zwischen europäischen Ländern oder Regionen (aktuell z. B. Mau/Verwiebe 2009) oder Schilderungen von Unterschieden innerhalb einzelner Länder (z. B. Alber/Lenarz 2008; Härpfer/Schwarze 2006) im Vordergrund.

Eine verdienstvolle Ausnahme stellt eine Studie von Jan Delhey und Ulrich Kohler (2005; vgl. 2006) dar. Datengrundlage war das „Euromodul“, eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, die zwischen 1999 und 2002 durchgeführt wurde. Darin wurde für einige Länder erhoben, wie die Befragten die Lebenssituation in anderen Ländern einschätzen und ob dies Folgen für sie hat, konkreter: ob es die Bewertung ihrer eigenen Lebenssituation beeinflusst. Für Deutschland, Ungarn und die Türkei konnten Delhey und Kohler analysieren, ob die Befragten die Lebensqualität in anderen Ländern wahrnehmen und einschätzen können. Durch den anschließenden Vergleich von Befrag-

ten gleicher sozialer Lage, aber mit unterschiedlichen Einschätzungen anderer Länder konnten die Autoren demonstrieren, dass derartige Einschätzungen durchaus Auswirkungen auf die Bewertung der Lebenslage der Befragten haben. Vor allem der Vergleich mit (der subjektiven Einschätzung nach) besser gestellten Ländern wie der Schweiz („upward comparisons“, Delhey/Kohler 2005: 135 ff) führte zu einer schlechteren Bewertung der eigenen Lebenssituation.

Das Verdienst dieser Arbeit kann, so Martin Heidenreich (2006b: 13), „nicht deutlich genug hervorgehoben“ werden. Delhey und Kohler haben die Frage (wieder) auf die soziologische Tagesordnung gesetzt, ob Unterschiede zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten in der Wahrnehmung der Bürger auch wirklich relevante soziale Ungleichheiten sind. Sie haben zudem einen empirischen Beleg für die Existenz und Relevanz derartiger grenzüberschreitender Wahrnehmungen geliefert – und damit die Analyse grenzüberschreitender Wahrnehmungen von sozialer Ungleichheit zu einem bedeutsamen Forschungsgegenstand gemacht.

Wir wollen im Folgenden an diese Arbeit anschließen und uns mit der transnationalen, länderübergreifenden Wahrnehmung von sozialen Ungleichheiten beschäftigen. Wir versuchen komplementär zu den von Delhey und Kohler vorgelegten statistischen Indikatoren die konkrete Ausgestaltung und Einbettung länderübergreifender Wahrnehmungen von Ungleichheit en detail zu beschreiben. Wir werden uns dabei auf Konstellationen innerhalb der EU konzentrieren,² denn gerade innerhalb der EU erscheint eine Transnationalisierung von Ungleichheitswahrnehmungen am wahrscheinlichsten und auch am relevantesten. So könnte der transnationale Vergleich der sozialen Lage politische Forderungen nach einer EU-weiten Homogenisierung von Sozialpolitik nach sich ziehen (vgl. Heidenreich 2006b: 13). Wir werden innerhalb der EU Länderkonstellationen vergleichen, von denen wir annehmen, dass sich dort unterschiedliche Formen der grenzüberschreitenden Wahrnehmung sozialer Ungleichheit finden. Für diese Konstellation wollen wir auf Basis einer qualitativen Analyse beschreiben, wie länderübergreifende Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit im Detail aussehen: Wir werden untersuchen, ob die Einkommenssituation auf der anderen Seite der Grenze überhaupt thematisiert wird und inwieweit der Vergleich mit der eigenen Situation zur Diagnose einer Besser- oder Schlechterstellung resp. positiver oder negativer Folgen für die eigene Seite der Grenze führt.

Eine solch ambitionierte Untersuchung macht es umgekehrt notwendig, den analytischen Fokus zu verengen. Bei der Umsetzung unserer Analyse werden wir uns daher in mehrerlei Weise beschränken:

2 Der EU-Beitritt der Länder Polen und Tschechien, die in unserer Analyse berücksichtigt werden, wurde zwar erst im Untersuchungszeitraum vollzogen, er hatte jedoch einen längeren Vorlauf, während dessen bereits eine Annäherung stattfand und Vorbereitungen beiderseits der ehemaligen EU-Außengrenze getroffen wurden.

Erstens werden wir uns soziale Ungleichheit nicht in all ihren Dimensionen ansehen, sondern uns auf Einkommen konzentrieren, d. h. auf aus Arbeitsverhältnissen erzieltes Erwerbseinkommen, auf Besitzeinkommen wie Zinsen oder Dividenden und auf Transfereinkommen wie Kindergeld oder Sozialhilfe.³ Einkommen gilt in der Literatur als relevanteste Ungleichheitsdimension, als wichtigste materielle Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe und als guter Indikator für andere Dimensionen sozialer Ungleichheit. Durch die Berücksichtigung von Erwerbs- und Transfereinkommen werden zudem die beiden wichtigsten Wohlfahrtsproduzenten moderner Gesellschaften – Arbeitsmarkt und Sozialstaat – einbezogen (vgl. Ullrich 2005:161; Volkmann 2006: 20).

Zweitens rekonstruieren wir die Wahrnehmung transnationaler sozialer Ungleichheit nicht auf der Basis repräsentativer Umfragen (wie Delhey und Kohler) oder amtlicher Statistiken (wie Whelan und Bertrand Maitre 2009), sondern stützen uns auf die Berichterstattung von Massenmedien (vgl. Lahusen 2006). Auch wenn es sich dabei letztlich um Wahrnehmungsangebote handelt, deren tatsächliche Nutzung wir nicht nachvollziehen können, so darf man doch davon ausgehen, dass sie relevantes „gesellschaftliches Orientierungswissen“ (vgl. Volkmann 2006: 23 ff) bereit stellen und zugleich Indikatoren öffentlicher Meinung sind. Ein weiterer Vorteil ist, dass sie für unterschiedliche Länderkonstellationen vorliegen und vertieften Analysen zugänglich sind.

Drittens beschränken wir unsere Untersuchung auf drei deutsche Grenzregionen mit unterschiedlichen Nachbarländern. Wir blicken also nur von Deutschland nach außen und fragen, ob und wie die Lebenssituation resp. das Einkommen bestimmter Nachbarländer in Deutschland wahrgenommen und relevant gemacht wird. Bei dieser Frage und für eine qualitative Beschreibung bietet sich der Vergleich von Grenzkonstellationen an, weil diese als Vorreiter der Transnationalisierung gelten können und dort aufgrund der Nähe zu einem anderen Staat am ehesten eine Wahrnehmungen dessen bestehen dürfte (vgl. Roose, 2009; überblicksweise Eigmüller/Vobruba 2006).

Wir werden in der Folge also die Medienberichterstattung in deutschen Grenzregionen über Einkommen untersuchen und dabei den folgenden Leitfragen nachgehen:

1. Wird die Einkommenssituation im Nachbarland wahrgenommen und mit der Situation im eigenen Land verglichen?
2. Inwieweit werden Unterschiede dargestellt, die für die eigene Situation relevant und damit als Ungleichheiten zu verstehen sind – inwieweit wird also eine Besser- oder Schlechterstellung der deutschen Seite der Grenze konstatiert und positive oder negative Folgen für das eigene Land beschrieben?

3 Zudem werden sowohl Aussagen über Individual- als auch über Haushaltseinkommen berücksichtigt, sofern diese im Material auftreten.

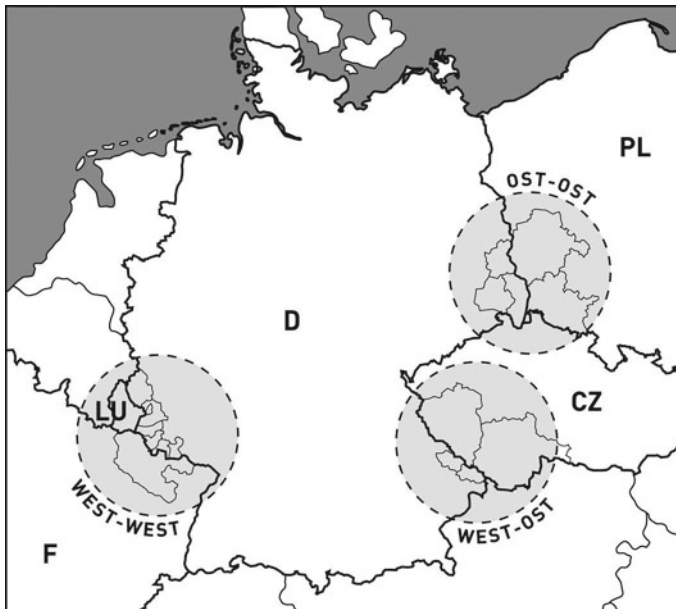
2 Forschungsdesign, Daten und Methoden

Für die Analyse wurden drei deutsche Grenzregionen ausgewählt (vgl. Abb. 1). Um möglichst unterschiedliche Wahrnehmungen rekonstruieren zu können, wurden diese Regionen hinsichtlich zweier Merkmale variiert:

Erstens haben wir berücksichtigt, inwieweit die in allen Grenzregionen gegebene räumliche Nähe zum Nachbarland auch tatsächlich realisiert werden kann, ob die Grenzen also tatsächlich offen waren. Denn je öfter Kontakte realisiert werden, umso eher werden Menschen anderer Länder zu relevanten Bezugsgruppen (vgl. Ganter 2003: 66). Da Wahrnehmungen sozialer Unterschiede bzw. Ungleichheiten nicht kurzfristig entstehen, wurde nicht nur die aktuelle Situation in den Blick genommen, sondern zudem die Dauer variiert, in der diese Zugänglichkeit vorliegt. Dabei spielen Faktoren wie der Fall des „Eisernen Vorhangs“ an der deutschen Ostgrenze eine Rolle, aber auch der relativ späte Zeitpunkt des tschechischen und polnischen EU-Beitritts (2004) bzw. des Wegfalls der Grenzkontrollen zu Deutschland im Rahmen des Schengener Abkommens (2007).

Zweitens haben wir das Ausmaß und die Richtung der faktischen („objektiven“) sozialen Unterschiede zwischen den einzelnen Grenzkonstellationen variiert, weil vermutlich auch diese die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit beeinflussen. Wir haben also Grenzkonstellationen mit unterschiedlich großen Divergenzen ausgewählt, und zwar sowohl Konstellationen, in denen die deutsche Seite bessergestellt ist als auch solche, in denen dies nicht der Fall ist.

Abbildung 1 Übersicht über die analysierten Grenzregionen



Auf dieser Basis haben wir drei Grenzkonstellationen ausgewählt und für jede Konstellation die Berichterstattung einer deutschen Regionalzeitung analysiert, deren geographischer Fokus mit der ausgewählten Grenzregion weitgehend identisch ist. Printmedien wurden ausgewählt, weil nur sie – im Gegensatz etwa zu Fernsehen – in größerem Umfang Regionalberichterstattung anbieten, intensiver und hintergründiger als andere Medien berichten, aufgrund ihrer gedruckten Erscheinungsform mehrfach lesbar sind und man entsprechend leichter an dort dargestellte Themen und Inhalte anknüpfen kann (vgl. Volkmann 2006: 31). Zudem liegt ihre Berichterstattung oft schon digital archiviert vor und ist damit unkompliziert zugänglich. Im Folgenden werden die konkret ausgewählten Grenzregionen und die ihnen zugeordneten Medien vorgestellt:

West-Ost: Die erste Grenzkonstellation repräsentiert die Grenze zwischen den bayerischen Landkreisen Freyung-Grafenau und Regen auf der deutschen Seite und den tschechischen Verwaltungsbezirken Plzeňský kraj (Region Pilsen) und Jihočeský kraj (Südböhmen).⁴ Hier wird also die Ostgrenze Westdeutschlands analysiert.

Diese Grenze ist erst seit recht kurzer Zeit offen. „Zu den Zeiten des Ost-West-Konfliktes beherrschte der so genannte Eiserne Vorhang zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei die Wahrnehmung der grenzregionalen bayerischen und tschechischen Bevölkerung und markierte das Ende der eigenen Lebenswelt“, schreibt Michael Weigl (2005: 4). „Mehrfach gestaffelte Sicherheitszonen mit umfassender militärischer Kontrolle riegelten die Außengrenzen der Systeme hermetisch ab“ und Grenzverkehr wurde erst ab den 1970er Jahren überhaupt und dann nur „in limitiertem Umfang sowie unter strengen Auflagen wieder zugelassen“ (Könönen 2004: 10). Erst mit der „Samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei, der Auflösung der Blockkonfrontation Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre, dem EU-Beitritt Tschechiens 2004 und der Inkraftsetzung des Schengener Abkommens auch für Tschechien im Dezember 2007 wurde der Grenzverkehr formal deutlich vereinfacht – allerdings ohne dass sich dies bislang in einem intensiven Grenzverkehr niederschlägt (vgl. Roose 2009: v. a. 124 f, 154, 166; Weigl 2006).

An dieser Grenze finden sich vergleichsweise große „objektive“ Unterschiede zwischen beiden Seiten: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf auf der deutschen Seite der Grenze lag 2002⁵ bei 25 921 €, während es auf der tschechischen Seite bei einem knappen Drittel dessen lag (7 147 €). Für diese Grenzkonstellation analysieren wir die

4 Die hier ebenfalls vorliegende Grenze zu Österreich und entsprechende Artikel wurden, da sie nicht unserer Auswahl- und Analyselogik entsprechen, nicht berücksichtigt.

5 Es ist sinnvoll, sich das BIP pro Kopf anzusehen und nicht das Einkommen der entsprechenden Personen oder Haushalte selbst, weil Einkommensmessungen immer auch das jenseits der Grenze (also z. B. von polnischen Arbeitspendlern in Deutschland) erzielte Einkommen einbeziehen und die uns interessierenden Unterschiede also verzerren, während das BIP eher die Verdienstmöglichkeiten im jeweiligen Land darstellt (vgl. zu diesem Argument Heidenreich 2006a). Erhoben wurde das BIP auf NUTS-3-Ebene (vgl. Eurostat 2009). Dargestellt wird hier das BIP für das Jahr 2002, die Unterschiede in den anderen Jahren des Untersuchungszeitraums sind aber ähnlich. Dies gilt auch für die anderen Regionen.

Berichterstattung der „Passauer Neuen Presse“ (im folgenden PNP), einer Regionalzeitung mit einer Auflage von 170 000 verkauften Exemplaren (vgl., auch für die folgenden Zeitungen, IVW 2006). Sie hat in den hier untersuchten Landkreisen eine Monopolstellung im regionalen Zeitungsmarkt inne.

Ost-Ost: In der zweiten Region grenzen die sächsischen Landkreise Spree-Neiße, Bautzen und der Niederschlesische Oberlausitzkreis an die polnischen Verwaltungsbezirke Zielonogórski und Jeleniogórski. Hier steht also die Ostgrenze Ostdeutschlands im Zentrum.

Hinsichtlich der Offenheit des Grenzverkehrs nimmt diese Region eine Mittelstellung zwischen den beiden anderen ein. Einerseits war diese Grenze vor dem Fall des Eisernen Vorhangs weniger geschlossen als zwischen der untersuchten bayerischen Region und Tschechien. Dies lag wesentlich daran, dass die sächsische Seite der Grenze vor 1990 Teil der DDR und damit – wie Polen auch – Mitglied des Ostblocks war. Der Eiserner Vorhang verlief also nicht durch die hier untersuchte Region. Entsprechend gab es Möglichkeiten des Grenzverkehrs von beiden Seiten (vgl. Beer 2003), wenngleich hinsichtlich Ausweispflicht, Grenzkontrollen und Möglichkeiten längerfristiger Auslandsaufenthalte begrenzter als etwa in der – noch nicht präsentierten – dritten Region. Nachdem polnische Arbeitnehmer schon ab Mitte der 1960er in die DDR pendeln durften, wurde 1972 der visafreie Grenzverkehr eingeführt, der alltägliche Kontakte wie Einkaufsbesuche ermöglichte und der intensiv genutzt wurde. Bis 1979 erfolgten 100 Millionen Grenzübertritte (Rutowska 1996: 44 f). Allerdings wurde die Grenze im Herbst 1980 angesichts der Erfolge der polnischen Solidarność-Bewegung wieder einseitig durch die DDR geschlossen (Rutowska 1996: 46 f) – bis zur „Wende“ in der DDR und v. a. bis zum EU- und Schengen-Beitritt Polens 2004 bzw. 2007.

Auch an dieser Grenze finden sich recht große „objektive“ Unterschiede zwischen beiden Seiten, die in ihrer Relation den Unterschieden zwischen Bayern und Tschechien ähneln, jedoch auf einem niedrigeren absoluten Niveau liegen: Das BIP pro Kopf betrug 2002 für die deutsche Seite 18 273 €, für die polnische Seite etwa ein Viertel dessen (4 700 €).

Für diese Region untersuchen wir die „Lausitzer Rundschau“ (im folgenden LR), eine in Sachsen und Brandenburg in 13 Lokalausgaben erscheinende Regionalzeitung. Ihre Auflage liegt bei 120 000 verkauften Exemplaren und auch diese Zeitung verfügt überwiegend über eine Monopolstellung in ihrem Erscheinungsgebiet.

Fünftens – *West-West:* Schließlich untersuchen wir eine Region an der Grenze Deutschlands zu Frankreich und Luxemburg, die im Wesentlichen der Großregion „Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie-Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens“ (im Folgenden kurz Saar-Lor-Lux-Region) entspricht. Die saarländischen Landkreise Merzig-Wadern, Saarlouis, Saarbrücken und der Saarpfalz-Kreis grenzen dort an den luxemburgischen Distrikt Grevenmacher und das französische Département Moselle. Weiter nördlich grenzen die rheinland-pfälzischen Landkreise Trier-Saarburg, die kreisfreie Stadt Trier und der Eifelkreis Bitburg-Prüm an die luxem-

burgischen Distrikte Grevenmacher und Diekirch. Diese Region ist ein Spezifikum: Es handelt sich um eine seit langem gut integrierte Region, die drei Länder umfasst, so dass wir es nicht nur mit einem, sondern mit zwei Nachbarländern zu tun haben.

Zur Saar-Lor-Lux-Region gibt es schon seit den 1970ern eine intensive Forschungslandschaft, die immer wieder auf die hohe Durchlässigkeit dieser Grenze für Verkehr, Grenzpendler, wechselseitige Einkaufsbesuche und Freizeitbeziehungen hingewiesen hat (vgl. überblicksweise Moll 1992; Scherhag 2008). Der ohnehin schon intensive Grenzverkehr habe sich zudem mit dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens im März 1995 sowie durch die Öffnung des EU-Binnenmarktes noch einmal deutlich verstärkt (Friedlein/Grimm 2004 91 f). Hier lässt sich entsprechend von einem sehr offenen Grenzregime ausgehen.

In dieser Region sind auch die „objektiven“ Unterschiede anders gelagert als in den anderen beiden Konstellationen. Das BIP pro Kopf unterschied sich 2002 zwischen der deutschen und der französischen Seite kaum (22 985 € zu 20 400 €), während es auf der luxemburgischen Seite der Grenze mit 53 800 € deutlich höher lag. Hier hat man es also nicht mit einer Besserstellung der deutschen Seite zu tun, wie in den anderen Regionen, sondern mit einer Gleich- (im Vergleich zu Frankreich) bzw. deutlichen Schlechterstellung (im Vergleich zu Luxemburg).⁶

Für diese Region untersuchen wir nicht nur eine, sondern – angesichts ihrer besonderen Struktur – zwei Zeitungen. Es handelt sich um die „Saarbrücker Zeitung“ (im folgenden SZ, Auflage 165 000), die an der saarländischen Grenze zu Frankreich erscheint und um den „Trierischen Volksfreund“ (im folgenden TVF), der mit einer Auflage von 205 000 Exemplaren an der Grenze zu Luxemburg erscheint.

Die Datengrundlage der Analyse bildeten Artikel der ausgewählten Zeitungen, die sich im Zeitraum von 1998 bis 2007 mit Erwerbseinkommen, Besitzeinkommen bzw. Transfereinkommen beschäftigten. Die Berichterstattung wurde elektronisch über eine Internet-Datenbank erhoben. Für alle Konstellationen resp. Zeitungen konnte die gleiche Suchmaske sowie (natürlich mit Ausnahme der entsprechenden Ländernamen) die gleichen Suchstrings verwendet werden. Auf Basis von Vorrecherchen zur Validität und Effektivität potenzieller Suchbegriffe wurden dann komplexe Schlagwortketten erstellt, mit deren Hilfe insgesamt 1 231 relevante Artikel selektiert werden konnten.⁷

6 Trotz der großen Unterschiede im BIP der beiden Nachbarländer Frankreich und Luxemburg und damit auch hinsichtlich des Ausmaßes und der Richtung der faktischen Einkommensunterschiede zwischen den Konstellationen Deutschland-Frankreich und Deutschland-Luxemburg betrachten wir die Grenzregionen nicht bilateral sondern gemeinsam. Aufgrund der institutionalisierten Zusammenarbeit im Rahmen der Großregion, die das gesamte Dreiländereck umfasst, sowie starker Bezüge zwischen allen drei Ländern, erscheint dieses Vorgehen sinnvoll. Auf etwaige Abweichungen in der Wahrnehmung der französischen bzw. der luxemburgischen Situation weisen wir im Ergebnisteil hin.

7 Für Erwerbseinkommen wurde z. B. dieser Suchstring verwendet: „(tschech*) UND (erwerbseinkommen* ODER (lohn* UND arbeit* NICHT lohnen* NICHT lohnt) ODER löhne ODER mindestlohn* ODER niedriglohn* ODER billiglohn* ODER hochlohn* ODER stundenlohn* ODER stücklohn* ODER netto-lohn* ODER bruttolohn* ODER nebenverdienst* ODER hauptverdienst* ODER gehalt ODER gehälter

Tabelle 1 Übersicht über die analysierten Grenzregionen

	West-Ost	Ost-Ost	West-West
Landkreise	Landkreise Freyung-Grafenau und Regen (D), Verwaltungsbezirke Plzeňský kraj und Jihočeský kraj (CZ)	Landkreise Spree-Neiße, Bautzen und Niederschlesischer Oberlausitzkreis (D), Verwaltungsbezirke Zielonogórski und Jeleniogórski (PL)	Landkreise Merzig-Wadern, Saarlouis, Saarbrücken, Saarpfalz-Kreis, Trier-Saarburg, kreisfreie Stadt Trier und Eifelkreis Bitburg-Prüm (D), Département Moselle (FR), Distrikte Grevenmacher und Diekirch (LU)
Grenzregime	durchgängige, lange Geschichte strenger Schließung	weniger starke Schließung, Phase der Öffnung in 1970ern	seit langem offene Grenze
soziale Unterschiede	sehr groß (deutsche Seite bessergestellt)	sehr groß (deutsche Seite bessergestellt)	kaum ausgeprägt zu FRA; sehr groß zu LUX (deutsche Seite schlechtergestellt)
untersuchte Zeitung	Passauer Neue Presse (PNP)	Lausitzer Rundschau (LR)	Saarbrücker Zeitung (SZ), Trierischer Volksfreund (TVF)
analysierte Artikel	98	112	163

Ein Teil dieser Artikel wurde dann – im Rahmen des durch die Fragestellung, die ausgewählten Grenzregionen und Zeitungen vorgegebenen Korsetts – qualitativ analysiert. Dafür wurde ein dreistufiges exploratives Verfahren verwendet, das der Logik einer Textanalyse mit der Grounded Theory folgte (vgl. Corbin/Strauss 1990): Der erste Schritt bestand im offenen Codieren, bei dem wir uns mit dem Datenmaterial vertraut machten und auf der Basis von Memos, Paraphrasen etc. erste Ordnungskonzepte erstellten. Beim zweiten Schritt, dem axialen Codieren, wurden diese noch provisorischen Konzepte weiter differenziert und erhielten den Status von Kategorien; zudem wurde damit begonnen, sie zueinander in Relation zu setzen. Es wurden bspw. typische Phänomene und Achsenkategorien benannt oder zentrale Ursache-Wirkungs-Beziehungen beschrieben. Das selektive Codieren bezeichnet den letzten Schritt der Datenanalyse. Dabei wurde ein Kernphänomen, hier die Charakteristik einer Grenzkonstellation, herausgearbeitet. Nachdem in den anderen beiden Phasen des Codierens vor allem eine Vielzahl von Konzepten und Kategorien gesammelt wurde, ging es nun darum, bei einer Interpretation und Ordnung der Kategorien das Gefühl zu bekommen, „die Analyse sei irgendwie saturiert, d. h. dass keine neuen Ideen mehr aus den Daten entstehen“ (Corbin 2003: 74).⁸

ODER gehaltsverhandlung* ODER gehaltssteigerung* ODER gehaltsbestandteil* ODER tarifverhandlung* ODER tarifauseinandersetzung* ODER bonuszahlung* ODER abfindung* ODER spitzengehalt* ODER managergehalt*).

8 Die Datenanalyse erfolgte mit dem Textanalyseprogramm MAXQDA. Dies ist sinnvoll, da mit Hilfe von MAXQDA die enorme Datenmenge geordnet und verwaltet werden kann und vor allem auch, weil die Entwickler des Programms dem Leitbild der Grounded Theory nahe stehen und Programme wie

Zentral war dabei durchgängig der Vergleich als methodologisches Mittel, um nach Ähnlichkeiten und Unterschieden im Material zu suchen (Böhm 2000: 476 ff). In allen Phasen der Codierung, v. a. aber beim axialen und selektiven Codieren, wurden immer wieder gezielt neue Texte aus dem Gesamtkorpus der 1 231 Artikel herausgegriffen und in die Analyse eingespeist – es fand also ein „theoretical sampling“ (Merkens 2000) statt, bis die Analyse den Punkt der Sättigung erreicht hatte, neu eingespeiste Artikel also keine wesentlichen neuen Aspekte mehr beitragen konnten. Auf diese Weise wurden schließlich 373 Artikel intensiv codiert.

3 Ergebnisse

Die Ergebnisse unserer Analyse werden wir entlang unserer zwei Forschungsfragen präsentieren: Erstens werden wir beschreiben, inwieweit die Einkommenssituationen jenseits der Grenze in Deutschland überhaupt wahrgenommen wird. Zweitens werden wir schildern, ob etwaige Unterschiede mit der Diagnose folgenreicher eigener Besser- oder Schlechterstellungen verbunden und damit in relevante Ungleichheiten überführt werden.

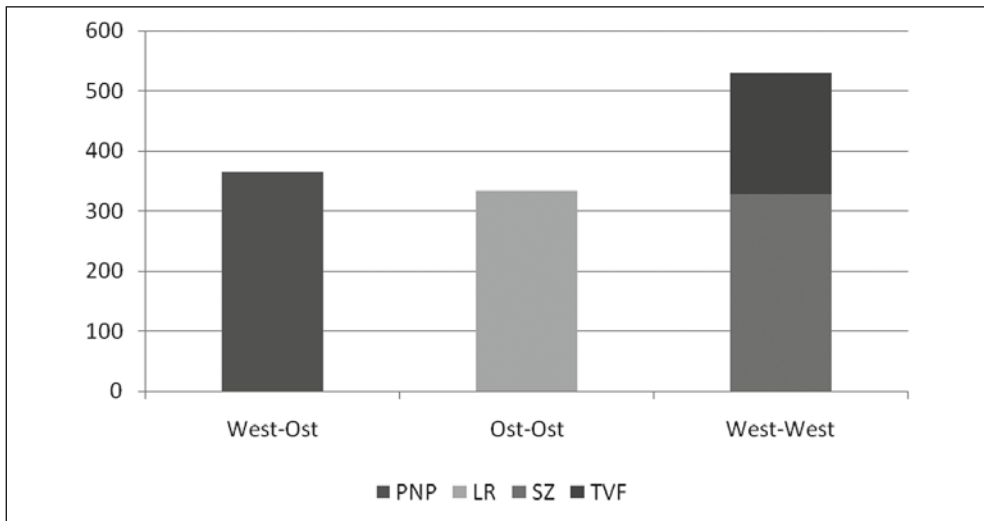
3.1 *Wird die Situation jenseits der Grenze wahrgenommen und auf Deutschland bezogen?*

Zunächst ist von Interesse, in welchem Maße die Einkommenssituation des jeweils anderen Landes in Deutschland überhaupt wahrgenommen wird und ob diese Beschreibungen zur deutschen Situation in Bezug gesetzt werden. Hierfür lassen sich zwei einfache quantitative Indikatoren nutzen: die Zahl der Artikel, die in den untersuchten Printmedien über die Einkommenssituation im Nachbarland berichten bzw. das Ausmaß, in dem diese Beschreibungen mit Deutschland in Verbindung gebracht werden.

Dabei wird erstens deutlich, dass die Einkommenssituation jenseits der Grenze in der Berichterstattung aller Grenzregionen eine bedeutsame Rolle spielt (s. Abb. 2). In unserem zehnjährigen Untersuchungszeitraum finden sich in der Konstellation West-Ost, also an der Grenze von Bayern zu Tschechien, 365 einschlägige Artikel, an der ostdeutschen Ostgrenze zu Polen 335 und an der westdeutschen Westgrenze 530 Artikel (dort, wie beschrieben, verteilt auf zwei Zeitungen). Durchschnittlich erschien damit in den untersuchten Medien aller Regionen etwa jede zweite Woche (jede achte bis 15. Ausgabe) ein Artikel, in dem die Einkommenssituation im Nachbarland beschrieben

MAXQDA für diese Art der Analyse konzipiert wurden (Kuckartz 2007: 81). Sie haben im Vergleich zum manuellen Codieren von Texten bspw. den Vorteil, Überschneidungen von unterschiedlichen Codes darstellen zu können.

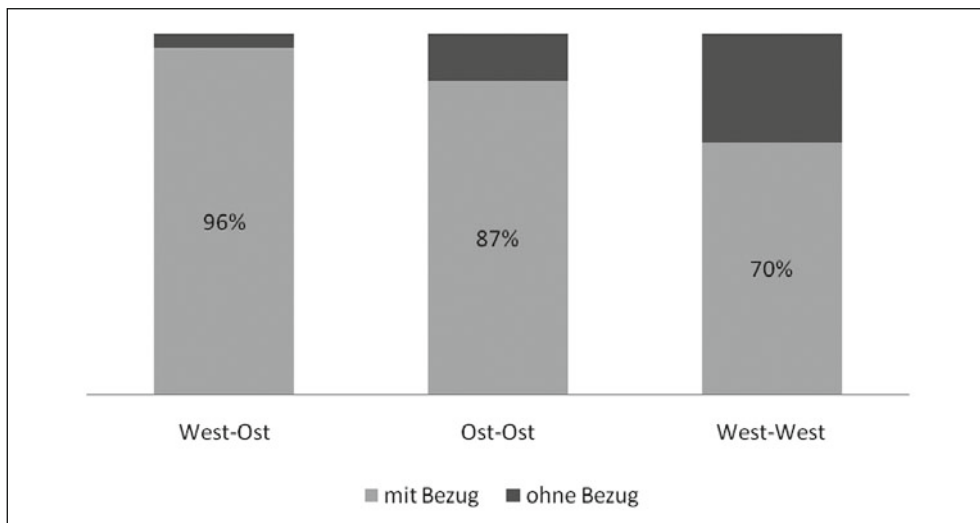
Abbildung 2 Anzahl der relevanten Artikel nach Grenzkonstellationen



wird. Auffällig ist, dass es in keiner Region eine lineare Zunahme der Artikelzahlen im Zeitverlauf gibt, sich also kein Europäisierungstrend der Berichterstattung zeigt: In der Grenzkonstellation West-West bleiben die Trefferzahlen über den gesamten Zeitraum relativ stabil, während sie in den beiden anderen Regionen an der deutschen Ostgrenzen von Polen und Tschechien rund um den EU-Beitritt in den Jahren 2003 bis 2005 deutlich steigen, um danach aber wieder ebenso deutlich abzufallen.

Ein zweiter interessanter Befund wird deutlich, wenn man vergleicht, wie viele Artikel nur die Situation im Nachbarland beschreiben und wie viele in Abgrenzung dazu die Situation im Nachbarland zusätzlich mit Deutschland vergleichen (s. Abb. 3): Der rein informative Blick in das Land jenseits der Grenze ohne einen Vergleich mit Deutschland kommt an allen untersuchten Grenzen nur selten vor. In allen drei Regionen überwiegen klar diejenigen Artikel, in denen der Blick ins andere Land durch einen Vergleich mit der deutschen Situation kontextualisiert wird. Lediglich das Ausmaß der Dominanz dieses Artikeltypus unterscheidet sich zwischen den Grenzregionen, wobei die zentralen Unterschiede zwischen der West-West- und den anderen beiden Konstellation verlaufen: In der West-Ost-Konstellation finden sich kaum Artikel, die die Einkommenssituation in Tschechien darstellen, ohne einen Rückbezug zur deutschen Situation herzustellen. Die bloße Information der bayerischen Leser über die Höhe und Verteilung von Einkommen in Tschechien findet also so gut wie nicht statt; in 96 % der Artikel werden diese Informationen stattdessen mit Deutschland verglichen. In der Ost-Ost-Konstellation ist dies ähnlich. Hier stellen 87 % der Artikel einen Bezug zu Deutschland her. Wenn der Blick nur auf die andere Seite der Grenze nach Polen geht, dann wird überwiegend die schwierige soziale Lage im Land thematisiert, bspw. auf gerin-

Abbildung 3 Anteil der codierten Artikel über das Nachbarland mit und ohne Bezug auf die deutsche Situation



ge Einkommen, die problematische Arbeitsmarktsituation und geringe Renten („[z]u wenig zum Leben, zu viel zum Sterben“, LR, 7.12.2006) verwiesen. In der West-West-Konstellation schließlich ist die „bloße Wahrnehmung“ der anderen Seite am stärksten ausgeprägt. Die Berichterstattung über Erwerbseinkommen, Arbeitsmarktsituation und Sozialleistungen sowie über Armut, Obdachlosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und soziale Spannungen in Frankreich und Luxemburg sind hier häufiger vorzufinden als in den anderen Regionen. Aber auch hier überwiegen die Artikel deutlich (70%), in denen diese Schilderungen mit der Lage in Deutschland verglichen werden.

3.2 *Wie werden Unterschiede dargestellt und in Ungleichheiten überführt?*

In allen von uns untersuchten Regionen wird also die Einkommenssituation jenseits der Grenze geschildert und diese Schilderungen werden fast immer auf die deutsche Situation bezogen. Nun wollen wir auf Basis unserer qualitativen Analyse betrachten, wie Einkommensunterschiede zwischen den Ländern resp. Regionen beschrieben werden und ob diese als Ungleichheiten konstruiert – und damit als sozial bedeutungsvoll markiert – werden.⁹ Wir fragen, ob etwaige Unterschiede zwischen den Regionen explizit bewertet und als eigene Besser- oder Schlechterstellungen dargestellt werden sowie, ob

⁹ Entsprechend werden hier nur noch Artikel berücksichtigt, die die Situation im Nachbarland mit Deutschland in Verbindung bringen.

sie mit der Schilderung positiver oder negativer Folgen für die deutsche Region verbunden sind.

In der *West-Ost-Konstellation an der Grenze von Bayern zu Tschechien* wird in praktisch allen Artikel die tschechische mit der deutschen Situation verglichen. In aller Regel wird dabei die Höhe tschechischer und deutscher Erwerbseinkommen gegenübergestellt (über Transfereinkommen aus sozialstaatlichen Leistungen wird so gut wie nicht berichtet). Es wird wieder und wieder auf das deutlich niedrigere Einkommensniveau in Tschechien und die Besserstellung deutscher Arbeitnehmer hingewiesen. Typisch sind Zitate, in denen berichtet wird, dass „das Lohnniveau in Tschechien ein Zehntel des bayerischen Durchschnitts“ (PNP, 27.04.2001, vgl. 08.05.2001) betrage. Die damit konstatierte Ungleichheit wird in der Regel mit Schilderungen negativer Konsequenzen für die deutsche Region verbunden, der Einkommenssituation jenseits der Grenze wird dabei Relevanz für den Wohlstand in Ostbayern beigemessen. Denn die bestehenden Einkommensungleichheiten führten, so die fast einhellige Argumentation, zu einem unfairen, verzerrten Wettbewerb zwischen deutschen Arbeitnehmern bzw. Unternehmen und tschechischen Arbeitnehmern – die bspw. pauschal als „Dumpinglöhner“ (PNP, 8.4.2005) bezeichnet werden. Als negative Auswirkung werden insbesondere drohende Arbeitsplatzverluste für deutsche Beschäftigte aufgrund von Betriebsverlagerungen ins Ausland und wegen der Zuwanderung tschechischer Arbeitnehmern genannt: Ostbayern drohe „ein massenhafter und langfristiger Zustrom tschechischer Billigarbeitskräfte“ (PNP, 21.02.2004), deutsche Arbeitnehmer könnten „durch Arbeiter aus Polen oder Tschechien zu Dumpinglöhnen ersetzt“ (PNP, 8.4.2005) und „[d]ie niederbayerischen Betriebe [...] durch osteuropäische Billigkonkurrenz an die Wand gedrückt“ (PNP, 9.8.2005) werden. Vertreter der regionalen Wirtschaft werden mit Befürchtungen zitiert, die „Aufträge einer ganzen Branche drohen ins Ausland abzuwandern“ (PNP, 9.8.2005) und „das Ende der gewerblichen Beschäftigung in der Baubranche [sei] in Sicht“ (PNP, 11.11.1998). Optimistischere Stimmen, die etwa argumentieren, „[m]it einer Teil-Produktion in Osteuropa hätten [...] viele [deutsche] Firmen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht und zudem einen Zugang zu neuen Märkten erreicht“ (PNP, 11.6.2005), bleiben dagegen Einzelfälle.

Das tschechische Einkommensniveau wird also erstens unisono als schlechter als in Deutschland beschrieben. Zweitens wird, ebenfalls nahezu ohne Widerspruch, dargestellt, dass die „Niedriglohnkonkurrenz“ aus Tschechien Arbeitsplatzverluste und Druck auf das Lohnniveau in Deutschland bewirke, also negative Folgen für das lokale Einkommensgefüge habe – die Relevanz dieser Ungleichheit für die deutsche Region wird also betont.

Die Berichterstattung der *Ost-Ost-Konstellation*, d. h. an der *Grenze von Sachsen zu Polen* ist in vielerlei Hinsicht ähnlich, weist aber auch instruktive Abweichungen auf. In dieser Region wird zwar seltener, aber noch immer in fast jedem Artikel ein Bezug zu Deutschland hergestellt. Wie in der *West-Ost-Konstellation* ist dabei das starke Einkommensgefälle zwischen beiden Ländern mit seinen Folgen das zentrale Thema und auch

hier spielt fast ausschließlich Erwerbseinkommen eine Rolle, während Transfereinkommen kaum erwähnt werden. Typischerweise wird eine „abgrundtiefe Gehaltskluft“ (LR, 24. 12. 2003) zwischen beiden Ländern ausgemacht und bspw. berichtet, dass polnische Ärzte in Görlitzer Kliniken „rund 3500 Euro im Monat und damit mehr als das zehnfache ihrer bisherigen polnischen Gehälter“ verdienen (LR, 9. 12. 2003). Allerdings wird in dieser Region stärker als in Bayern auf Angleichungstendenzen verwiesen, d. h. darauf, dass sich die „Lohnkosten [...] schrittweise angleichen werden“ (LR, 9. 12. 2003) und schon jetzt „längst nicht mehr so gravierende Lohnkostenvorteile in Polen“ (LR, 5. 8. 2003) wie noch vor einigen Jahren vorlägen. Dennoch überwiegt die Diagnose einer deutlichen Einkommensdivergenz auch in der Ost-Ost-Konstellation klar – und es werden auch hier vornehmlich negative Konsequenzen dieser Einkommensungleichheit für die deutsche Grenzregion herausgearbeitet. Auch hier ist es v. a. der Verlust von Unternehmen und Arbeitsplätzen auf der deutschen Seite, der im Mittelpunkt steht, z. B. habe „[d]ie deutsche Fleischwirtschaft [...] seit der EU-Osterweiterung im Mai vergangenen Jahres rund 26 000 Beschäftigte an die preiswertere Konkurrenz aus Osteuropa verloren“ (LR, 08. 04. 2005). Stärker als in Bayern werden daneben aber auch immer wieder die Chancen der Nachbarschaft beschrieben – teils werden sogar Vorteile artikuliert, die sich aus den unterschiedlichen Lohnniveaus ergeben und positive Effekte für Wirtschaft und Beschäftigung in der Lausitz haben:

„In Guben erklärt die Geschäftsführerin der Neuen Gubener Hütte GmbH & CO. KG, [...] dass die vor zwei Jahren in Konkurs gegangene Gubener Hütte GmbH mit der neu gegründeten Auffangesellschaft weiter am Markt ist. Der Umsatz beträgt bereits wieder eine halbe Million Mark, rund 80 Prozent der Produkte, die in Kooperation im polnischen Gubin zugeschnitten und genäht werden, geht in die neuen Bundesländer. [...] Das Gubener Beispiel zeigt, dass Billiglohnkonkurrenz nicht notwendigerweise zur Bedrohung von ostdeutschen Unternehmen und damit zusammenhängenden Entlassungen führen muss, sondern bei sinnvollen Kooperationen sogar helfen kann, auch Arbeitsplätze diesseits der Neiße zu erhalten oder gar zu schaffen“ (LR, 23. 3. 2000)

Auch an anderer Stelle wird beschrieben, dass „die Betriebsstätten in Osteuropa nicht nur keine deutschen Arbeitsplätze kosten, sondern im Gegenteil dabei helfen, Arbeit in der Lausitz zu erhalten“ (LR, 3. 3. 2006). Gegen Ende des Untersuchungszeitraums wird sogar gelegentlich darauf hingewiesen, dass das Pendeln Deutscher nach Polen nicht unbedingt zu Einkommenseinbußen führen müsse, wenn z. B. eine Tankstellenangestellte beschreibt, sie „verdienne [in Polen] mehr Geld als [...] früher an der Tankstelle in Deutschland“ (LR, 20. 6. 2006).

In der Ost-Ost-Konstellation wird die Einkommenssituation in Polen also ebenfalls zur deutschen Situation ins Verhältnis gesetzt, verbunden mit der Diagnose einer Besserstellung der deutschen Seite. Dabei wird das polnische Einkommensniveau, analog zur Situation der West-Ost-Konstellation, wiederum vorwiegend als Konkurrenzsitua-

tion mit negativen Folgen interpretiert und damit für das deutsche Ungleichheitsgefüge relevant gemacht. Daneben werden aber auch stärker mögliche positive Folgen betont und die Interdependenzen zwischen den Arbeitsmärkten hervorgehoben.

Im Falle der *West-West-Konstellation* – der *Grenze von Saarland und Rheinland-Pfalz zu Frankreich und Luxemburg* – sieht das medial gezeichnete Bild deutlich anders aus. Zunächst einmal ist hier, wie beschrieben, die „bloße Wahrnehmung“ der anderen Seite ohne Bezug zu Deutschland am stärksten ausgeprägt. Darüber hinaus finden im Vergleich zu den beiden angrenzenden Ländern nicht nur Erwerbs-, sondern auch – wenn gleich auf niedrigerem Niveau – Transfereinkommen Aufmerksamkeit. Für Frankreich wird in erster Linie ein im Vergleich zu Deutschland niedrigeres Niveau des Erwerbseinkommens beschrieben, v. a. in der Region Lothringen. Auch auf das dort niedrigere Arbeitslosengeld wird hingewiesen, zugleich werden aber die höheren Transferzahlungen in anderen Bereichen betont und u. a. beschrieben, dass „Franzosen bei der Altersversorgung besser abgesichert [sind] als Bundesbürger“ (SZ, 4. 4. 2002). An der Grenze zu Luxemburg steht das hohe luxemburgische Einkommensniveau im Mittelpunkt, daneben wird immer wieder darauf verwiesen, dass dort auch die Transferzahlungen „hoch und besser als in allen Nachbarländern“ (SZ, 6. 8. 2004) seien. In der West-West-Grenzkonstellation wird also eine Einkommensdivergenz beschrieben, bei der die deutsche Seite der Grenze nicht besser, sondern gleich oder schlechter gestellt ist. Diese Divergenzen werden zudem nicht – wie in den anderen beiden Regionen – dadurch für die deutsche Seite der Grenze bedeutsam gemacht, dass ihre negativen Konsequenzen beschrieben werden. Sondern sie werden dadurch relevant, dass die Situation jenseits der Grenze als Maßlatte für Deutschland dient. Oft wird das Nachbarland bezüglich Erwerbseinkommen, sozialpolitischer Transferleistungen sowie (für das Nettoeinkommen relevanter) Steuer- und Sozialversicherungsabzüge als vorbildhaft dargestellt.¹⁰ Dieser Vorbildcharakter zeigt sich auch darin, dass der Verweis auf die Situation im Nachbarland oft dazu dient, Einkommensforderungen in Deutschland zu untermauern. Beispielsweise wird das Einkommen von Berufsgruppen wie Ärzten und Klinikpersonal in Deutschland nicht allein im deutschen Einkommensgefüge verortet, sondern mit ihren französischen und luxemburgischen Kolleginnen und Kollegen verglichen: „Die Klinikärzte fordern daher bundesweit als Ausgleich eine satte Lohnerhöhung von 30 Prozent. Sie begründen dies unter anderem auch damit, dass ärztliches Personal in Deutschland wesentlich schlechter bezahlt werde als in vergleichbaren Ländern wie Frankreich, Italien oder Großbritannien“ (SZ, 9. 11. 2005). Diese vergleichsweise enge Vernetzung von Ungleichheitswahrnehmungen, Relevanz für die eigene Region und abgeleiteten Forderungen spiegeln auch den intensiven grenzüberschreitenden Austausch der Region wider: Viele Deutsche arbeiten angesichts hoher Bezahlung, niedriger Besteuerung und guten familienpolitischen Leistungen (z. B. Kindergeld) in Luxemburg

10 Dies gilt insbesondere für Luxemburg, in abgeschwächter Form aber auch für Frankreich, für das vor allem die Rente und familienpolitische Leistungen als nachahmenswert angeführt werden.

oder besitzen wiederum im französischen Lothringen Immobilien, so dass sie an den wohlfahrtsstaatlichen Transferzahlungen Frankreichs partizipieren.

In der West-West-Konstellation finden wir also eine ausgeprägte transnationale Wahrnehmung von Einkommensungleichheiten, wobei die Situation im jeweiligen Nachbarland überwiegend als Maßstab setzend für Deutschland bewertet wird. Der Eindruck einer Schlechterstellung gegenüber den Nachbarländern führt dabei offensichtlich auch zu Unzufriedenheit, insbesondere mit der deutschen Sozialpolitik. Umgekehrt werden kaum negative Rückwirkungen der Einkommensungleichheiten auf die deutsche Seite – die in den anderen Regionen das Gros der Berichterstattung ausmachen – geschildert.

4 Zusammenfassung und Diskussion

Resümieren wir: Zunächst ist in allen Regionen ein ähnliches Maß der Wahrnehmung der anderen Seite der Grenze zu konstatieren. Diese Wahrnehmung ist aber inhaltlich unterschiedlich ausgestaltet.

Einerseits finden wir – v. a. an der West-Ost-Grenze von Bayern zu Tschechien, teils aber auch in der Ost-Ost-Konstellation – eine konflikthafte Wahrnehmung sozialer Ungleichheit. Hier werden deutliche Divergenzen zwischen dem Erwerbseinkommen auf der deutschen und der tschechischen resp. polnischen Seite der Grenze und eine klare Besserstellung der deutschen Seite ausgemacht. Diese Besserstellung wird, v. a. in der West-Ost-Region, als bedroht angesehen. Angesichts der Öffnung der Grenzen im Rahmen des EU-Beitritts wird befürchtet, dass tschechische Arbeitnehmer und Unternehmen Arbeitsplätze und Aufträge in Deutschland gefährden könnten. Entsprechend wird von der deutschen Seite befürchtet, dass sich die eigene Lebenssituation verschlechtert und eine Regulierung oder Schließung der Grenze gefordert, um die bestehenden Unterschiede – oder zumindest die Lebenssituation auf der deutschen Seite – zu zementieren.

Andererseits findet sich – v. a. in der West-West-Konstellation – eine integrative Wahrnehmung von Ungleichheit. Hier werden Unterschiede in Erwerbs- und auch Transfereinkommen auf beiden Seiten der Grenze identifiziert, wobei die deutsche Seite tendenziell als schlechter gestellt wahrgenommen wird. Die negativen oder auch positiven Folgen dieser Ungleichheit stehen dabei aber nicht im Vordergrund; das Verhältnis zum Nachbarn wird nicht als Konkurrenzverhältnis interpretiert. Entsprechend steht eine (auch nur partielle) Schließung der Grenze nicht zur Debatte, sondern es wird, angesichts der positiven Situation bei den Nachbarn in Frankreich und Luxemburg, die eigene Gleichstellung mit diesen gefordert: Einkommensungleichheiten werden zur Argumentationsfolie für sozialpolitische Forderungen.

Auf Basis dieser Schilderungen lässt sich erstens festhalten, dass es durchaus eine transnationale Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit gibt. Unterschiede zwischen

beiden Seiten der Grenze werden wahrgenommen, hinsichtlich der Besser- oder Schlechterstellung der eigenen Seite befragt und ihre Folgen für die eigene Region oder das eigene Land werden herausgearbeitet. Zumindest in den untersuchten deutschen Grenzregionen ist es also nicht so, dass die sozial relevanten „Situations- und Problemdefinitionen“ (Lahusen 2006: 332) nach wie vor nationalstaatlich eingehengt sind. Im Gegenteil: Die Schließung nationalstaatlicher Grenzen, die historisch notwendig war, um innerhalb dieser Grenzen Solidarität zu schaffen und Umverteilungen realisieren zu können (vgl., in Anlehnung an Stein Rokkan, Bach 2006: 147 ff; Mau 2006), weicht sich in den Grenzregionen offensichtlich nicht nur im faktischen Grenzverkehr, sondern auch in der Ungleichheitswahrnehmung der Bürger auf.

Zweitens ist festzuhalten, dass dies nicht überall in gleicher Weise geschieht. Mit der West-West-Konstellation findet sich eine Region, in der sich eine intensive Wahrnehmung der Einkommensverhältnisse beiderseits der Grenze zeigt, die aber mit einer gemeinsamen Identifikation mit der Region verbunden ist. Hier findet sich also eine Form der Integration, die nationalstaatlicher Integration ähnelt und bei der man nahezu von mechanischer Solidarität im Sinne Durkheims sprechen kann (vgl. Münch 2006). Demgegenüber finden sich aber auch, v. a. in der West-Ost-Konstellation, ungleichheitsbedingte Abgrenzungstendenzen.

Mit diesen Befunden können wir das zentrale Ergebnis von Delhey und Kohler – dass grenzüberschreitende Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit existieren und für die Bewertung der eigenen Lebenslage relevant sind – bestätigen. Wir sind zudem in der Lage, diesen Befund einzubetten und einige diesbezügliche Argumentationsmuster zu beschreiben. Künftig sind aber weitere Studien notwendig, da die vorliegende Analyse eine Reihe von Begrenzungen aufweist. Notwendig wäre es erstens, unsere deskriptiven Befunde weiter zu erhärten und dabei methodisch und in den Analysegegenständen über unsere Arbeit hinausgehen.

Methodisch wären Arbeiten wünschenswert, die nicht nur Mediendaten verwenden, denn dabei handelt es sich nur um Wahrnehmungsangebote an die Bürger, die auf journalistischen Hypothesen über das Interesse der Bürger an bestimmten Gegenständen beruhen. Die Ausgestaltung dieser Wahrnehmungsangebote kann von mehreren Faktoren abhängen: von der politischen Linie der spezifischen Medien (die in diesem Fall weniger ins Gewicht fallen, weil drei der vier untersuchten Zeitungen zum gleichen Verlag gehören), vom Berufsverständnis der Journalisten, von Korrespondentennetzen jenseits der Grenze u. ä. Man kann sicherlich argumentieren, dass journalistische Hypothesen bei Regionalberichterstattung mehr Bodenhaftung haben als bei anderen Medien, weil sich Journalisten und Bürger im Regionalen näher sind. Nichtsdestotrotz wären zusätzliche Befragungen im regionalen Rahmen wünschenswert, die die Einstellungen der Bürger vor Ort untersuchen. Auch experimentelle oder quasi-experimentelle Forschungsdesigns wären anzuraten, mit denen nicht nur *Auskünfte* über das Handeln der entsprechenden Bürger, sondern deren tatsächliches Handeln erhoben werden können.

Was die Datengrundlage angeht, so läge es nahe, nicht nur Grenz-, sondern auch inländische Regionen und das Ausmaß von transnationaler Wahrnehmung dort zu untersuchen. Zudem wäre eine Analyse nicht nur der deutschen Seite, sondern auch anderer Länder und deren wechselseitiger Wahrnehmungen instruktiv. Zusätzlich sollte man versuchen, auch Längsschnittdaten einzubeziehen, mithin die Europäisierung als zeitlichen Prozess abzubilden – etwas, was uns hier nicht möglich war.

Schließlich liegt es nahe, nach einer Erklärung einer solchen Wahrnehmung zu fragen. Dazu können wir nur spekulieren: Wir haben unsere Grenzregionen nach der Offenheit der Grenzregime und den faktischen Unterschiede vor Ort variiert. Allerdings korrelieren diese Faktoren teilweise miteinander, so dass wir die Unterschiede in unseren Ergebnissen nicht klar auf einen der beiden Faktoren zurückführen können. Auch, ob weitere Hintergrundfaktoren existieren, die wir nicht berücksichtigt haben, wissen wir nicht. Antworten auf diese Fragen zu finden, wäre aber höchst bedeutsam, nicht zuletzt aufgrund ihrer politischen Brisanz: Sollte bspw. die Dauer der Öffnung einer Grenze bzw. des intensiven Austauschs der zentrale Faktor für die Erklärung der Wahrnehmung grenzüberschreitender Ungleichheit sein, dann dürfte sich im Zeitverlauf an allen Grenzen, an denen sich ein ausgeprägter Grenzverkehr findet, auch eine „De-Nationalisierung“ (Lahusen 2006: 314) der Ungleichheitswahrnehmung finden. Die EU könnte dann zunehmend unter sozialpolitischen Handlungs- und Regulierungsdruck geraten, der sich außerdem von den nationalstaatlichen Grenzen landeinwärts vorarbeiten könnte.

Literaturverzeichnis

- Alber, Jens* und *Philipp Lenarz*, 2008: Wachsende soziale Ungleichheit in Europa. Informationsdienst Soziale Indikatoren 39: 1–5.
- Bach, Maurizio*, 2006: Unbounded Cleavages. Grenzabbau und die Europäisierung sozialer Ungleichheit. S. 145–156 in: *Monika Eig Müller* und *Georg Vobruba* (Hg.), Grenzsoziologie. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beck, Ulrich*, 2002: Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Beer, Manuela*, 2003: Identifikation im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Magisterarbeit. Leipzig: Universität Leipzig, Institut für Kulturwissenschaften.
- Böhm, Andreas*, 2000: Theoretisches Codieren: Textanalyse in der Grounded Theory. S. 475–485 in *Uwe Flick, Ernst von Kardoff* und *Ines Steink*, (Hg.): Qualitative Forschung. Reinbek: Rowohlt.
- Brusis, Martin*, 2003: Zwischen europäischer und nationaler Identität. Zum Diskurs über die Osterweiterung der EU. S. 257–274 in: *Ansgar Klein, Ruud Koopmans, Hans-Jörg Trenz, Ludger Klein, Christian Lahusen* und *Dieter Rucht* (Hg.), Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske+Budrich.
- Corbin, Juliet*, 2003: Grounded Theory. S. 70–75 in *Ralf Bohnsack, Winfried Marotzki* und *Michael Meuser* (Hg.): Hauptbegriffe Qualitative Sozialforschung. Opladen: Leske + Budrich.

- Corbin, Juliet* und *Anselm L. Strauss*, 1990: Grounded theory research: Procedures, canons, and evaluative criteria. *Qualitative Sociology* 13: 3–21.
- Delhey, Jan* und *Ulrich Kohler*, 2005: From Nationally Bounded to Pan-European Inequalities? On the Importance of Foreign Countries as Reference Groups. *European Sociological Review* 22: 125–140.
- Delhey, Jan* und *Ulrich Kohler*, 2006: Europäisierung sozialer Ungleichheit: Die Perspektive der Referenzgruppen-Forschung. S. 339–358 in: *Martin Heidenreich* (Hg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit*. Frankfurt a. M. & New York: Campus.
- Dicke, Hugo* 2004: Der Europäische Binnenmarkt. S. 223–241 in: *Werner Weidenfeld* (Hg.), *Die Europäische Union*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Eigmüller, Monika* und *Georg Vobruba* (Hrsg.), 2006: *Grenzsoziologie*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eurostat*, 2009: Strukturindikatoren. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/structural_indicators/indicators/economical_context.
- Friedlein, Günter* und *Frank-Dieter Grimm*, 2004: *Deutschland und seine Nachbarn*. Leipzig: Institut für Länderkunde.
- Ganter, Stephan*, 2003: *Soziale Netzwerke und interethnische Distanz*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen* und *Hölscher, Michael*, 2005: *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerhards, Jürgen, Holger Lengfeld* und *Jürgen Schupp*, 2007: Die Akzeptanz der Chancengleichheit aller europäischen Bürger in Deutschland. *DIW-Wochenbericht* 2007/4: 37–42.
- Härpfer, Marco* und *Johannes Schwarze*, 2006: Wie gleich ist Europa? Empirische Befunde zur Entwicklung der Einkommensungleichheiten in den bisherigen EU-Mitgliedsstaaten. S. 137–153 in: *Martin Heidenreich* (Hg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit*. Frankfurt a. M. & New York: Campus.
- Heidenreich, Martin*, 2006a: Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten zwischen nationaler Solidarität, europäischer Koordinierung und globalem Wettbewerb. S. 17–64 in: *Martin Heidenreich* (Hg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit*. Frankfurt a. M. & New York: Campus.
- Heidenreich, Martin*, 2006b: Einleitung. S. 7–15 in: *Martin Heidenreich* (Hg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit*. Frankfurt a. M. & New York: Campus.
- Hradil, Stefan*, 1999: *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich/UTB.
- Hradil, Stefan*, 2001: *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hradil, Stefan*, 2006: *Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hradil, Stefan* und *Stefan Immerfall* (Hg.), 1997: *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- IVW*, 2006: Quartalsauflagen von Presseerzeugnissen. <http://daten.ivw.eu/>.
- Knill, Christoph*, 2001: *The Europeanisation of National Administrations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Könönen, Astrid*, 2004: *Das Zusammenwirken von Landesentwicklung und Euroregionen im deutsch-tschechischen Grenzraum*. Augsburg & Kaiserslautern: Universität Augsburg & Technische Universität Kaiserslautern.
- Kreckel, Reinhard*, 2004: *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

- Kuckartz, Udo*, 2007: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lahusen, Christian*, 2006: Die öffentlichen Debatten zur Arbeitslosigkeit zwischen nationaler Disparität und europäischer Uniformität. S. 313–337 in *Martin Heidenreich* (Hg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Frankfurt a. M. & New York: Campus.
- Mau, Steffen*, 2006: Grenzbildung, Homogenisierung, Strukturierung. Die politische Erzeugung einer europäischen Ungleichheitsstruktur. S. 109–136 in: *Martin Heidenreich* (Hg.), Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Frankfurt a. M. & New York: Campus.
- Mau, Steffen*, 2007: Transnationale Vergesellschaftung. Frankfurt a. M. & New York: Campus.
- Mau, Steffen* und *Roland Verwiebe*, 2009: Die Sozialstruktur Europas. Konstanz: UVK & UTB.
- Merkens, Hans*, 2000: Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. S. 286–299 in *Uwe Flick, Ernst von Kardoff* und *Ines Steinke* (Hg.), Qualitative Forschung. Reinbek: Rowohlt.
- Moll, Peter*, 1992: Stand und Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Raum Saarland/Lothringen/Luxemburg/westliches Rheinland-Pfalz. S. 101–121 in *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hg.), Grenzübergreifende Raumplanung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Münch, Richard*, 2006: Solidarity and Justice in the Extended European Union. S. 79–95 in *Maurizio Bach, Christian Lahusen* und *Georg Vobruba* (Hg.), Europe in Motion. Berlin: edition sigma.
- Römhild, Regina*, 2007: Turbulente Ränder. Ethnographische Einsichten in die bewegten Grenzen Europas. S. 129–141 in: *Reinhard Johler, Ansgar Thiel, Josef Schmid* und *Rainer Trepow* (Hg.), Europa und seine Fremden. Bielefeld: transcript.
- Roose, Jochen* 2007: Die Identifikation der Bürger mit der EU und ihre Wirkung für die Akzeptanz von Entscheidungen. S. 123–149 in: *Werner Weidenfeld* und *Julian Nida-Rümelin* (Hg.), Europäische Identität. Baden-Baden: Nomos.
- Roose, Jochen*, 2009: Vergesellschaftung an Europas Binnengrenzen. Habilitationsschrift. Berlin: Freie Universität, Fachbereich für Politik- und Sozialwissenschaften.
- Rutowska, Maria*, 1996: Die regionale Zusammenarbeit in der deutsch-polnischen Grenzregion in den Jahren 1945–1989. S. 42–48 in: *Helga Schultz* und *Alan Nothnagle* (Hg.), Grenze der Hoffnung. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Scherhag, Daniela*, 2008: Europäische Grenzraumforschung. Akademie für Raumplanung und Landesplanung Hannover. http://www.arl-net.de/pdf/publik/e-paper_der_arl_nr2.pdf.
- Ullrich, Carsten G.*, 2005: Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a. M.: Campus.
- Verwiebe, Roland*, 2004: Mobilität innerhalb Europas. Berlin: edition sigma.
- Volkmann, Ute*, 2006: Legitime Ungleichheiten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weigl, Michael*, 2006: Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen. Münster: Lit.
- Weigl, Michael* und *Zöhrer, Michaela*, 2005: Regionale Selbstverständnisse und gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Tschechen. München: Centrum für angewandte Politikforschung.
- Wessels, Wolfgang*, 1997: An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integration Processes. *Journal of Common Market Studies* 35: 267–299.
- Whelan, Christopher T.* und *Bertrand Maitre* (2009): Europeanization of inequality and European reference groups. *Journal of European Social Policy* 19: 117–130.